**Satzung über eine Veränderungssperre
zum Bebauungsplan Nr. 341-4 "Brenneckestraße Nordseite"**

Präambel

Aufgrund der §§ 14 und 16 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I, S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung und § 8 Abs. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2014 (GVBl. Nr. 12, S. 288), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am folgende Satzung:

§ 1

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg hat am 14.09.2023 die Aufstellung des Bebauungsplans 341-4 "Brenneckestraße Nordseite" beschlossen. Zur Sicherung der Planung wird für das in § 2 näher beschriebene Gebiet eine Veränderungssperre gem. § 14 BauGB erlassen.

§ 2

Der Geltungsbereich dieser Satzung umfasst ein Gebiet, welches umgrenzt wird:

Im Norden: von der Nordgrenze der Straßenflurstücke 4049/9 und 10573 (Walmbergsweg), der Westgrenze des Flurstücks 4555, der West- und Nordgrenze des Flurstücks 4558/4, im weiteren Verlauf von den Grenzen der Flurstücke 4554, 10573 und deren nördliche Verlängerung sowie der nach Westen verlängerten Nordgrenze des Flurstücks 10506,

im Osten: von der Ostgrenze der Flurstücke 10571 und 10020 (Blankenburger Straße), einer Verbindungslinie zwischen dem südwestlichen Grenzpunkt des Flurstücks 10309 und dem nordöstlichen Grenzpunkt des Flurstücks 4550, im weiteren Verlauf von der Westgrenze des Flurstücks 10020,

im Süden: von einer von der Westgrenze des Flurstücks 10020 im rechten Winkel auf die Südgrenze des Flurstücks 10165 abgehenden Linie sowie im weiteren Verlauf von den Flurstücksgrenzen 10163, 10212, 10210 und 10208 (Südseite der Brenneckestraße) und

im Westen: von der bis zur Südseite der Brenneckestraße verlängerten Westgrenze des Flurstücks 10186, der West- und Nordgrenze des Flurstücks 10361, der Süd- und Ostgrenze des Flurstücks 10365 sowie der Westgrenze des Flurstücks 4049/9.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Plan, welcher Bestandteil dieser Satzung ist, dargestellt.

§ 3

Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt werden. Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden. Die Entscheidung über Ausnahmen trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde. Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

§ 4

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
Sie tritt nach Ablauf von zwei Jahren außer Kraft. Die Veränderungssperre tritt in jedem Fall außer Kraft, sobald und soweit der Bebauungsplan für das in § 2 genannte Gebiet rechtsverbindlich wird.